2. Oktober 2025

**Schriftliche Kleine Anfrage**

**der Abgeordneten Markus Kranig und Sandro Kappe (CDU)** **vom 25.09.2025**

**und Antwort des Senats**

**- Drucksache 23/1612 -**

Betr.: Weitere erhebliche Kostensteigerungen beim Kraftwerk Dradenau?

*Einleitung für die Fragen:*

*Der Bau des Energieparks Hafen auf der Dradenau ist ein zentrales Projekt der Hamburger Wärmewende. Er soll das Kohlekraftwerk Wedel ersetzen und einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass Hamburg bis 2030 aus der Kohleverstromung aussteigen kann.*

*Im April 2025 wurde bekannt, dass der neue Energiepark auf der Halbinsel Dradenau im Hamburger Hafen teurer wird als ursprünglich geplant. Die Kosten für die KWK-Anlage (Kraft-Wärme-Kopplung) steigen demnach auf rund 650 Millionen Euro und liegen damit etwa acht Prozent über den bislang veranschlagten 600 Millionen Euro. Als Gründe wurden gestiegene Personal- und Materialkosten im Zuge des Ukraine-Krieges und der Inflation sowie daraus resultierende Preissteigerungen beim geplanten KWK-Kraftwerk genannt.Nach bisher unbestätigten Informationen aus dem Aufsichtsrat sind nun weitere erhebliche Kostensteigerungen beim Kraftwerk Dradenau zu erwarten. Dies wirft Fragen nach der Belastbarkeit der bisherigen Kostenplanung sowie nach der Qualität des Projektcontrollings auf.*

*Angesichts der großen Bedeutung des Projekts für die Versorgungssicherheit, für die Entwicklung der Fernwärmepreise und den städtischen Haushalt ist volle Transparenz gegenüber der Hamburgischen Bürgerschaft erforderlich.*

*Vor diesem Hintergrund fragen wir den Senat:*

Gemäß § 2 des Hamburgischen Klimaschutzgesetzes (HmbKliSchG) verfolgt die Freie und Hansestadt Hamburg (FHH) das Ziel, bis spätestens 2030 aus der Kohleverstromung auszusteigen und damit in Konsequenz die beiden verbliebenen Kohlekraftwerke abzulösen. Die städtischen Hamburger Energiewerke GmbH (HEnW) leisten hierzu den größten Einzelbeitrag zum Erreichen der Hamburger Klimaziele. Grundlage der Ablösung ist ein Konzept, das vor allem bestehende und bislang ungenutzte Abwärmequellen aus Industrie, Klärwerksprozessen und Abfallverwertung für die Fernwärme nutzbar macht.

Zentrales Element des neuen Energieparks Hafen ist eine flexible und hocheffiziente Gas- und Dampfturbinen-Anlage auf der Dradenau (GuD Dradenau). Sie bindet klimaneutrale Abwärmequellen mit unterschiedlichen Temperaturniveaus in die Wärmeversorgung ein, heizt diese auf, speichert sie und stellt die Versorgungssicherheit sicher – ein in Deutschland einzigartiges Konzept.

Der Bau der GuD Dradenau erfolgt unter beengten räumlichen Bedingungen und ist entsprechend komplex; der Zeitplan ist ambitioniert. Rund 85% der Anlage sind bereits fertiggestellt. Der Generalunternehmer hat die HEnW darüber informiert, dass zur Erfüllung der sicherheitstechnischen Anforderungen erhebliche Mehrarbeiten bei der Installation des Rohrleitungssystems erforderlich sind.

Die HEnW planen, das Kohlekraftwerk Wedel bis Ende 2026 abzulösen. Der Energiepark Hafen soll dann die Wärmeversorgung des Hamburger Westens übernehmen. Gegenüber der ursprünglich vorgesehenen Ablösung nach der Heizperiode 2025/2026 ergibt sich somit eine zeitliche Verschiebung. Auf den vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2030 hat diese Verzögerung keine Auswirkungen.

Dies vorausgeschickt, beantwortet der Senat die Fragen teilweise auf Basis von Informationen der Hamburger Energiewerke GmbH (HEnW) wie folgt:

1. Mit welchen Gesamtkosten rechnet der Senat aktuell für das Kraftwerk Dradenau?
2. Wie hoch lagen die ursprünglich veranschlagten Kosten und wie hoch sind die aktuell veranschlagten Mehrkosten beim Kraftwerk Dradenau?
3. Welche Ursachen liegen den (weiteren) Kostensteigerungen zugrunde?
4. Wer trägt welche Anteile der Mehrkosten (Stadt Hamburg, die Hamburger Energiewerke, Fernwärmekunden)?
5. Rechnet der Senat mit einer Erhöhung der Fernwärmepreise für private Haushalte infolge der Kostensteigerungen?

Für den Bau des Kraftwerks Dradenau ist ein Gesamtbudget von bis zu 724,4 Mio. Euro vom Aufsichtsrat (AR) der HEnW freigegeben.

Das im Dezember 2021 vom AR freigegebene Investitionsbudget betrug 452 Millionen Euro und wurde seitdem dreimal erhöht.

Die seit Baubeginn eingetretenen Kostensteigerungen sind im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Ukrainekrise und die allgemeine Inflation zurückzuführen, die zu erheblich gestiegenen Personal- und Materialkosten, insbesondere bei Stahl, geführt haben. Darüber hinaus wurden zusätzliche Investitionen in die Verbesserung der Anlagenperformance im Hinblick auf die Schwarzstartfähigkeit sowie in erweiterte Brandschutzmaßnahmen erforderlich.

Im Dezember 2023 wurde das Budget um 77 Millionen Euro, i.W. aufgrund von Mehrkosten im Hauptlos der GuD Anlage erhöht. Eine weitere Budgeterhöhung um 121 Millionen Euro wurde im Dezember 2024 durch den AR genehmigt, die auf einen langsameren Baufortschritt und Mehrkosten aufgrund von Preissteigerungen, Nachträgen und nachträglichen Auflagen (u. a. Brandschutz) zurückzuführen war.

Die dritte Budgetanhebung um 74 Millionen Euro wurde im September 2025 beschlossen.

Diese jüngste Kostensteigerung resultiert aus zusätzlichen Arbeiten am Rohrleitungssystem für Entwässerung und Entleerung. Die Ausführungsplanung des Generalunternehmers entsprach nicht den von den HEnW geforderten sicherheitstechnischen Anforderungen und musste daher überarbeitet und nachgebessert werden.

Nach Angaben der HEnW ist derzeit keine Neuberechnung der Fernwärmepreise vorgesehen. Die vertraglich vereinbarten Preisanpassungsklauseln greifen erst bei Veränderungen der zugrunde liegenden Indizes.

Die Überlegungen zur Verteilung der Mehrkosten sind noch nicht abschlossen. Die FHH wird jedoch voraussichtlich keine Mehrkosten tragen.

1. Wann wurde der Senat über die weiteren Kostensteigerungen informiert?
2. Welche Maßnahmen hat der Senat ergriffen, um das Projekt- und Kostencontrolling zu verbessern?
3. Ist eine unabhängige externe Überprüfung der Bau- und Kostenentwicklung vorgesehen? Wenn ja, bitte erläutern und wer führt diese durch?

Die zuständigen Behörden wurden über absehbare, noch nicht konkrete Kostensteigerungen im Juli 2025 mit Hinweis auf noch laufende Gespräche informiert. Konkrete Informationen wurden für die AR-Sitzung im September angekündigt und den zuständigen Behörden in Vorbereitung der AR-Sitzung im September zur Verfügung gestellt.

Die zuständigen Behörden und Aufsichtsgremien haben die HEnW beauftragt, eine Ursachenanalyse vorzunehmen und hierfür erforderlichenfalls zusätzliche externe Ressourcen und Expertise einzusetzen. Ziel ist ein verstärktes Projektcontrolling sowie ein erweitertes Reporting an den AR, auch außerhalb der regulären Sitzungstermine.

1. Bleibt der Senat bei der Aussage, dass die Inbetriebnahme des Kraftwerkes Ende 2025 beginnen kann? Wenn nein, wann soll die Inbetriebnahme erfolgen?

Es ist weiterhin vorgesehen, die Inbetriebnahmephase der GuD Dradenau Ende 2025 zu beginnen. Der Abschluss der Inbetriebnahmephase sowie die Ablösung des Kohlekraftwerks Wedel sind zum Ende des Jahres 2026 geplant. Der bisherige Zeitplan hatte eine Ablösung nach der Heizperiode 2025/2026 vorgesehen.

1. Welche Auswirkungen hätten weitere Verzögerungen der Inbetriebnahme auf die Wärmeversorgungssicherheit in Hamburg?

Keine.

1. Für welchen Zeitraum plant der Senat den Weiterbetrieb des Kraftwerks Wedel als Reservekraftwerk ein?

Mit dem bis Ende 2026 geplanten reibungslosen Betrieb der GuD soll das Heizkraftwerk Wedel in die Konservierung überführt werden. Eine Wiederinbetriebnahme ist dann nur noch mit mehrwöchigem Vorlauf möglich. Ein „Weiterbetrieb“ als Reservekraftwerk ist nicht vorgesehen.

1. Welche Auswirkungen haben die Kostensteigerungen beim Kraftwerk Dradenau auf die geplanten Ersatzmaßnahmen für das Heizkraftwerk Tiefstack?

Keine.